

Nord-Stream-Sabotage: Reporter-Legende Seymour Hersh über das ewige Ziel von Amerika, «Pipelines, die die sowjetischen Ölexporte steigern würden, zu verzögern oder sogar zu stoppen»



Dokumentation

2 37 0

FacebookTwitterEmailWhatsAppTelegram
27.03.2023

Dieser Beitrag von US-Reporter-Legende Seymour Hersh erschien zuerst am 15. März 2023 auf seinem Substack-Blog. Wir dokumentieren den Text übersetzt und im Wortlaut. Die Redaktion.

Dies ist der Bericht eines anderen Amerikaners, der wie Daniel Ellsberg mitten im Krieg das Richtige zur richtigen Zeit tat.

Aber im Gegensatz zu Ellsberg machte seine mutige Tat keine Schlagzeilen, und er musste wenig dafür leiden. Sein Name ist George W. Ball. Er war ein Anwalt aus dem Mittleren Westen, der John F. Kennedy bei seiner Präsidentschaftskampagne 1960 politisch nicht unterstützte und im Zweiten Weltkrieg weder tapfer gedient noch Gewalt ertragen hatte.

Aber er hatte eine Schlüsselrolle beim amerikanischen Wiederaufbau Europas nach dem Krieg gespielt und wurde Anfang 1961 zum Unterstaatssekretär in der Kennedy-Regierung ernannt. Seine Hauptaufgabe war es, sich mit internationalen Wirtschafts- und Agrar-Angelegenheiten zu befassen.

Ball hatte bei Kriegsende die amerikanische Nachkriegs-Bombardierungsstudie in London geleitet. Er war sich darüber im Klaren, dass die intensive Bombardierung deutscher Städte am Tage nicht, wie angenommen, die Moral zerstört, sondern die Unterstützung der Bürger für das Naziregime gestärkt hatte – und möglicherweise die Dauer des Krieges verlängert hatte.

Ball war später der einzige hochrangige Beamte der Kennedy-Regierung, der den Präsidenten direkt vor den Gefahren eines Einsatzes amerikanischer Soldaten im Vietnamkrieg warnte, wie er von seinen Generälen empfohlen worden war.

In seinem 2000 erschienenen Buch «Our Vietnam: The War 1954–1975 berichtet A. J. Langguth, der für die *New York Times* über den Krieg berichtete, von Balls mutiger Warnung an den Präsidenten Ende 1961: «Wenn wir diesen Weg einschlagen, könnten wir innerhalb von fünf Jahren 300.000 Männer in den Reisfeldern des vietnamesischen Dschungels haben und sie nie wiederfinden.»

In seinen Memoiren von 1982 erinnerte sich Ball an Kennedys irritierte Antwort: «George, du bist einfach verrückter als die Hölle. Das wird einfach nicht passieren.» Zurück in seinem Büro sagte Ball zu einem Adjutanten: «Wir steuern auf ein heilloses Durcheinander zu, und es gibt nichts, was ich dagegen tun kann. Entweder sind alle anderen verrückt, oder ich bin es.»

Ball, der mit Adlai Stevenson, dem liberalen ehemaligen Gouverneur von Illinois, zusammengearbeitet und ihn in zwei

gescheiterten Präsidentschaftswahlkämpfen in den 1950er Jahren unterstützt hatte, wurde von vielen der hartgesottenen und wortgewaltigen Kriegsplaner innerhalb der Verwaltung nicht als Wahrheitsverkünder, sondern als «Taube» verachtet.

Kennedy war erschüttert, als es ihm in den ersten Monaten seiner Amtszeit nicht gelang, Fidel Castro, den kommunistischen Führer Kubas, zu stürzen, und Wochen später ein brutales Gipfeltreffen mit dem abweisenden sowjetischen Premier Nikita Chruschtschow stattfand. Er würde sich in Südvietnam engagieren.

1962 entschied er sich auch dafür, als erster amerikanischer Präsident zu versuchen, die nach Ansicht Washingtons von der Sowjetunion verfolgten Bestrebungen zur Bewaffnung ihrer enormen Erdöl- und Erdgasvorkommen zu vereiteln. Russland hatte angekündigt, von seinen Erdöl- und Erdgasfeldern in Tatarstan, 700 Meilen östlich von Moskau, eine 2500 Meilen lange Pipeline zu bauen, die die Länder des Sowjetblocks innerhalb von etwa fünf Jahren mit dringend benötigter billiger Energie versorgen könnte. Alle hatten noch mit dem Wiederaufbau nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs zu kämpfen.

Kennedy reagierte über die Nato mit dem vergeblichen Versuch, ein Embargo für die Einfuhr von Materialien zum Bau der Pipeline aus Westeuropa nach Russland zu verhängen. In einer Studie aus dem Jahr 2018 beschreibt Nikos Tsafos, ein Experte, der im vergangenen Jahr zum Energieberater des griechischen Premierministers ernannt wurde, was dann geschah: Kennedys «Ziel war es, die Pipeline, die die sowjetischen Ölexporte steigern würde, zu verzögern oder sogar zu stoppen. Das Embargo spaltete das [Nato-]Bündnis, wobei sich Grossbritannien am lautesten dagegen aussprach; die Pipeline wurde mit nur geringer

Verzögerung fertig gestellt, und das Embargo wurde 1966 aufgehoben».

Tsafos zitierte einen Kollegen mit der Bemerkung, dass «man argumentieren könnte, dass das Pipeline-Embargo den amerikanisch-europäischen Beziehungen mehr geschadet hat als der sowjetischen Wirtschaft». Diese Einschätzung, so Tsafos, «gilt für fast alle transatlantischen Bemühungen gegen sowjetische und später russische Kohlenwasserstoffe».

Als Präsident Ronald Reagan 1981 sein Amt antrat, war er entschlossen, sich dem entgegenzustellen, was er später das «Reich des Bösen» nennen sollte, und liess die Spannungen zwischen Washington und Moskau rasch eskalieren. Er liess das von der Carter-Regierung gestrichene B-1-Bomberprogramm wieder aufleben, kündigte an, dass seine Regierung Milliarden in ein Raketenabwehrsystem investieren würde, und stationierte Pershing-II-Raketen, die einen nuklearen Sprengkopf abfeuern können, in Westdeutschland. In einer Rede von 1982 sprach er davon, die Sowjetunion auf den «Aschehaufen der Geschichte» zu verfrachten.

Auch Reagan versuchte, eine zweite sowjetische Pipeline zu blockieren, die von Westsibirien nach Westeuropa führen sollte. Die westdeutsche Regierung hatte das Konzept gebilligt und sich grundsätzlich bereit erklärt, 4,75 Milliarden Dollar zur Finanzierung bereitzustellen.

Reagan bot der westdeutschen Regierung an, sie mit Kohle und Atomstrom zu versorgen, wenn sie von ihrem Abkommen mit Moskau zurücktreten würde. Die Deutschen lehnten ab. Daraufhin unterzeichnete Frankreich mit der Sowjetunion einen Vertrag über den Kauf des sibirischen Gases in Höhe von mehreren

Millionen Dollar. Die Reagan-Regierung reagierte, indem sie die bestehenden Sanktionen gegen amerikanische Unternehmen, die die Pipeline unterstützten, auf alle ausländischen Unternehmen ausdehnte, die mit Russland Geschäfte machten. Alle diese Firmen sollten von jeglichen Geschäften mit den Vereinigten Staaten ausgeschlossen werden.

Hier kommt wieder George Ball ins Spiel, der nach vielen ruhigen Jahren als geschäftsführender Gesellschafter von Lehman Brothers in New York gerade in den Ruhestand getreten war. Er veröffentlichte im Herbst 1982 im *New York Times Magazine* einen Aufsatz mit dem Titel «The Case Against Sanctions», der die antirussischen Ansichten, die heute von Präsident Biden, Aussenminister Tony Blinken, dem nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan und der Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten Victoria Nuland wiederholt geäußert werden, auf unheimliche Weise vorwegnimmt.

«Die Reagan-Administration», schrieb Ball, «hat nun eine ideologische Voreingenommenheit in die Gestaltung von Regierungsentscheidungen eingebracht, die man als manichäische Häresie bezeichnen könnte. Die heutigen Manichäer vertreten das doktrinaire Konzept, dass der Sowjetkommunismus der Antichrist ist – ein böses Element, das ausgerottet werden muss, wenn wir Frieden in der Welt haben wollen. [...] Diese Ansicht wird heute von neokonservativen Intellektuellen geteilt. [...] Als ihre wichtigste operative Taktik wollen die Manichäer, dass die Vereinigten Staaten jeden Vorwand nutzen, um die Russen zu schikanieren. Die sowjetische Wirtschaft ist riesig, die Sowjetunion verfügt über enorme Rohstoffvorkommen innerhalb ihrer Grenzen. [...] Nörgelnde Sanktionen, egal, wie hartnäckig sie angewandt werden, könnten sich niemals als mehr als ein

geringfügiges Ärgernis erweisen. [...] Mit einer Arroganz, die im umgekehrten Verhältnis zu ihrer eigenen Erfahrung steht, versuchen die Verantwortlichen der Administration, sich mit plumpen Methoden über die wohlüberlegten Entscheidungen und Interessen der verbündeten Regierungen hinwegzusetzen, und tun so, als hätten die Vereinigten Staaten ein Monopol auf Weisheit.»

Drei Jahrzehnte später, im Jahr 2014, wiederholte Vizepräsident Joe Biden in einer Rede vor dem Energie- und Wirtschaftsgipfel des Atlantic Council in Istanbul Reagans Worte und seine Befürchtungen hinsichtlich der russischen Gas- und Ölreserven. Russlands Umgang mit seiner Energie sei «eine Waffe, die die Sicherheit der Nationen untergräbt», warnte er. «Hier in Europa ist die Energiesicherheit ein besonders wichtiges regionales Sicherheitsinteresse, da Russland die Energieversorgung als aussenpolitische Waffe eingesetzt hat.»

«Meine Botschaft hier», fuhr Biden fort, «ist nicht, dass Europa auf russische Importe verzichten kann oder sollte. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Russland eine wichtige Quelle für die Energieversorgung Europas und der Welt bleiben wird und bleiben sollte, aber es muss sich an die Spielregeln halten. Es sollte nicht in der Lage sein, die Energiepolitik zu nutzen, um mit dem Spiel zu spielen.»

Biden warnte Russland, dass es sich an Amerikas Spielregeln halten müsse. Darin liegt der Keim für das Scheitern der Nord-Stream-Pipelines acht Jahre später.

In seinem Essay aus dem Jahr 1982 gab Ball einem zukünftigen Amerika einen nicht beachteten Ratschlag, wie es mit einer unerwünschten russischen Pipeline umgehen sollte: «Wenn

unsere Regierung, aus welchen Gründen auch immer, der Meinung ist, dass die Pipeline keine gute Idee ist, sollte sie ihre Verbündeten in aller Stille zu dieser Ansicht drängen und versuchen, sie zu einem anderen Kurs zu bewegen; darum geht es bei Allianzen.»

Präsident Biden entschied sich im vergangenen September, Amerikas europäische Verbündete zu ignorieren. Mehr noch, er brachte diese Verbündeten in die Gefahr, ihre Bevölkerung nicht mehr versorgen zu können, indem er die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines genehmigte. Er und sein nationales Sicherheitsteam hatten nicht den Mut oder die Integrität, zu sagen, was getan wurde und warum. Zum jetzigen Zeitpunkt werden Biden und seine Mitarbeiter die Wahrheit wahrscheinlich nie zugeben, es sei denn, es kommt zu einem grossen Umschwung unter den wenigen Eingeweihten.

Es ist unmöglich zu wissen, warum Biden an diesem Tag die Pipeline zerstörte, aber es ist eine Tatsache, dass er zehn Tage zuvor von Wladimir Putin während einer Pressekonferenz im Anschluss an ein Gipfeltreffen der von Russland unterstützten Schanghai Organisation für Zusammenarbeit in Usbekistan indirekt verspottet wurde. Putin wurde zu den steigenden Erdgaspreisen in Europa befragt, die als Folge des Krieges dargestellt wurden, den er mit der Ukraine begonnen hatte. Putin behauptete, die Energiekrise in Europa sei nicht durch den Krieg ausgelöst worden, sondern das Ergebnis der, wie er es nannte, «grünen Agenda» und der Schliessung von Gas- und Ölanlagen als Reaktion auf Umweltproteste.

Der russische Präsident sagte daraufhin, wenn der Westen «dringend mehr Gas braucht, [...] wenn die Dinge so schlecht sind, [...] dann heben Sie doch einfach die Sanktionen [die von der

deutschen Regierung mit Zustimmung der USA verhängt worden waren] gegen Nord Stream 2 mit seinen 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr auf. Sie brauchen nur auf den Knopf zu drücken, und sie werden es in Gang bringen. Aber sie haben sich entschieden, sie selbst abzuschalten. [...] Sie haben Sanktionen gegen die neue Nord Stream 2 verhängt und werden sie nicht öffnen. Sind wir daran schuld? Lassen Sie sie [den Westen] gründlich darüber nachdenken, wer die Schuld trägt, und lassen Sie niemanden von ihnen uns für seine Fehler verantwortlich machen.»

An Balls Kritik an den Sanktionen erinnert sich heute kaum noch jemand, aber sein Mut, Kennedy zu Beginn des Vietnamkriegs zu konfrontieren, ist einigen hochrangigen Politikern in Washington im Gedächtnis geblieben.

Während ich für den *New Yorker* über die böartigen und geheimen aussenpolitischen Intrigen von Vizepräsident Dick Cheney in den Jahren nach 9/11 berichtete, wurde ich eines Nachmittags von der Sekretärin des Abgeordneten David Obey angerufen. Der Demokrat aus Wisconsin war Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses und zweifelsohne eines der wichtigsten, aber auch zurückgezogensten Mitglieder des Kongresses. Er gehörte dem Haus seit 1969 an und war einer jener fast unsichtbaren Abgeordneten, die den Kongress zu dem machten, was er sein sollte.

Obey war auch eines von vier Mitgliedern eines Unterausschusses, zwei Demokraten und zwei Republikaner, mit Zugang zu den Geheimnissen der CIA – den Erkenntnissen über alle verdeckten Operationen, die die Behörde laut Gesetz dem Kongress zur Verfügung stellen muss. Obeyes Botschaft an mich war sehr direkt: Er las in meinen Berichten über angebliche verdeckte

Operationen, die ihm nicht bekannt waren. Was dann geschah, bleibt eine private Angelegenheit, aber irgendwann nach Obeyes Pensionierung im Jahr 2011, zwei Jahre nach der ersten Amtszeit von Barack Obama, nahm ich Kontakt zu ihm auf.

Obey erzählte mir eine Geschichte, die ausgerechnet George Ball betraf. Es stellte sich heraus, dass die Erinnerung an Balls Bereitschaft, Kennedy mit einer unerwünschten Wahrheit über den Vietnamkrieg zu konfrontieren, in einigen noch immer hell brannte. Obey erzählte, dass er als ranghohes Mitglied der Demokraten im Repräsentantenhaus von Obama zu Beginn der neuen Regierung zu einem kleinen Treffen eingeladen worden war, um den laufenden Krieg in Afghanistan zu besprechen.

Obey erzählte mir, er habe geschwiegen, als Generäle und Abgeordnete darüber diskutierten, wie viele Truppen der neue Präsident aufstocken sollte. Seine Besorgnis bezog sich auf Haushaltsfragen. (Der einzige Hinweis auf eine abweichende Meinung in der Sitzung, so erinnerte sich Obey, sei von Joe Biden gekommen. Diese frühe Zurückhaltung war ein Vorbote von Bidens Entscheidung im letzten Jahr, die Niederlage einzugestehen und das amerikanische Militär aus Afghanistan abzuziehen. Diese Entscheidung wurde durch schlechte Planung, unzureichende Truppenstärke und ein Selbstmordattentat, bei dem dreizehn amerikanische Soldaten während der Evakuierung getötet wurden, getrübt.)

Am Ende des Treffens, so Obey, habe er den Präsidenten gefragt, ob er einen Moment Zeit für ein kurzes Gespräch habe. Obey warnte Obama, dass eine Ausweitung des Afghanistankriegs «grosse Teile Ihres Inlandsprogramms verdrängen würde – ausser vielleicht die Gesundheitsversorgung». Er fragte den neuen Präsidenten, ob er sich an die Aufnahmen aus dem Weissen Haus

von Lyndon Johnson in den Tagen nach der Ermordung Kennedys erinnere, die einige Jahre zuvor veröffentlicht worden waren und am Samstagmorgen zu einem Dauerbrenner im öffentlichen Radio geworden waren. Obama schon.

Erinnert sich der Präsident an das Gespräch, das Johnson wenige Monate nach seinem Amtsantritt mit Senator Richard Russell aus Georgia, dem konservativen Vorsitzenden des Ausschusses für Streitkräfte, geführt hatte und in dem beide Männer einräumten, dass eine Aufstockung der Truppen in Vietnam, die damals von den US-Befehlshabern in Saigon angestrebt wurde, den Kriegsanstrengungen nicht förderlich wäre und sogar zu einem katastrophalen Krieg mit China führen könnte? Johnson befürchtete auch, so Russell, dass viele Tausende amerikanischer Soldaten in den Dschungeln Südostasiens sterben würden.

Wiederum sagte Obama, dass er sich an diese Gespräche erinnere. Obey fragte Obama dann: «Wer ist Ihr George Ball?» Es herrschte Schweigen.

«Entweder wollte der Präsident nicht antworten», sagte mir der enttäuschte Obey, «oder er hatte keine Antwort.»

Mit dieser Frage war das Gespräch beendet.

Obama genehmigte daraufhin eine Aufstockung der Truppen um 30.000 Mann für den Krieg.